
Presseinformation Nr. 210

13. März 2013

**REINEMUND:
Rentnerinnen und Rentner bei der nachgelagerten
Besteuerung besser informieren und nicht kriminalisieren**

BERLIN. Zu den Meldungen über eine verstärkte Fahndung nach steuerpflichtigen Rentnerinnen und Rentnern erklärt die Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestag Birgit REINEMUND:

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass fällige Steuern auch eingetrieben werden. Die verstärkte Fahndung gerade nach steuerpflichtigen Rentnern offenbart jedoch eher die bestehenden Informationslücken bei vielen Betroffenen. Offensichtlich ist Rentnerinnen und Rentnern oft nicht bewusst, dass sie steuerpflichtig sind. Statt sie zu kriminalisieren, sollte die Aufklärung über die von Rot-Grün eingeführte nachgelagerte Besteuerung intensiviert werden. Hier ist sind die Finanzbehörden gefordert, durch eine offensivere Informationspolitik in Deutschland und auch bei den im Ausland lebenden deutschen Beziehern von Renten aus Deutschland, dieses Steuerbewusstsein zu schaffen.

Wir wollen durch Aufklärung und möglichst unbürokratische Steuererklärungen unsere Seniorinnen und Senioren ihren Lebensabend erleichtern und gleichzeitig die Kapazitäten unserer Steuerfahnder effizient zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug einsetzen.

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de